

N i e d e r s c h r i f t

der 20. Sitzung des Hauptausschusses am 19.04.2006

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:10 Uhr bis 16:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	vertreten durch Herrn Klaus
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS	
Herr Hendrik Lange	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS	
Frau Heidrun Tannenberg	Die Linkspartei. PDS	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	vertreten durch Herrn Wöllenweber
Herr Friedemann Scholze	FDP	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Frau Dagmar Szabados	Bgm	
Herr Egbert Geier	BG	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw	
Herr Thomas Willecke	Verw	
Herr Franz Stänner	Verw	
Frau Annemarie Kraft	Verw	
Herr Waldemar Roesler	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Frau Isa Weiß	CDU
Herr Eberhard Doege	BG
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 20. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von der Vorsitzenden des Hauptausschusses, **Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler**.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Häußler bat um Zustimmung zur Änderung der Zeitschiene zum

TOP 4.1 Beschluss zur Erreichung der Rationalisierungsziele der HAVAG Vorlage: IV/2006/05734

Der Vorschlag des FA zur Änderung des Beschlussvorschlages Pkt. 2, statt „zeitnah“ „im Juni 2006“ zu schreiben, ginge nicht, da Ende Mai erst Aufsichtsratssitzung sein wird. Ihr Vorschlag wäre, zu schreiben, „im Juli 2006“. Damit waren die Mitglieder des Hauptausschusses einverstanden.

Der Vorlage wurde ohne formelle Abstimmung mit der Änderung zugestimmt. Diese wird im nächsten Stadtrat behandelt (siehe auch Seite 5).

Einen neuen Beschlussvorschlag gibt es zum:

TOP 4.2 Verteilung der Gesamtzuschüsse an die Bühnen der Stadt Halle (Saale) einschließlich Landeszuwendungen für die Haushaltsjahre 2006, 2007, 2008 Vorlage: IV/2006/05586

Die Auszüge der Fachausschüsse hierzu lagen den Mitgliedern des Hauptausschusses vor.

Herr Bartl, Fraktion der CDU, bemerkte, dass hier gleiche Voten der Ausschüsse vorliegen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler bestätigte dies. Der Beschluss sehe vor, die Verteilung an die der Einrichtungen herauszunehmen und nur die Gesamtsumme zu beschließen. Da mit dem Etat schon gearbeitet werde, müsse das Jahr 2006 noch geklärt werden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei PDS, informierte, dass gestern im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, darauf hingewiesen wurde, dass entsprechend des Entwurfes des Haushaltsplanes die dort enthaltenen Zahlen gültig sind.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte, dass es für 2006 keine Festlegung gibt.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, erklärte, dass ihre Fraktion den Antrag im Stadtrat stellen wird, die ursprüngliche Fassung zu verabschieden.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler setzte die Vorlage auf die heutige Tagesordnung, obwohl keine unterschiedlichen Voten vorliegen.

Von der nichtöffentlichen Tagesordnung **vorzuziehen**, wäre der:

TOP 3.1 Leitungsstruktur der Einrichtung Oper und Staatskapelle Halle
Vorlage: IV/2006/05735

Diese Vorlage muss aber erst noch in der Sondersitzung des Kulturausschusses am 25.4.2006 beraten werden und müsste deshalb nicht auf die öffentliche Tagesordnung des Hauptausschusses.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Ohne förmliche Abstimmung wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.03.2006**
4. **Vorlagen**
 - 4.1. **Beschluss zur Erreichung der Rationalisierungsziele der HAVAG**
Vorlage: IV/2006/05734
 - 4.2. **Verteilung der Gesamtzuschüsse an die Bühnen der Stadt Halle (Saale)**
einschließlich der Landeszuwendungen für die Haushaltsjahre 2006, 2007, 2008
Vorlage: IV/2006/05586
5. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
6. **Anfragen von Stadträten**
7. **Anregungen**
8. **Mitteilungen**

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.03.2006**

Frau Oberbürgermeisterin Häußler informierte über den Antrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, Frau Wolff, zur Änderung der Niederschrift der 19. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 22. 3. 2006, Seite 5-6. Diese liegt in schriftlicher Form vor und wurde in das Protokoll der 19. Sitzung des Hauptausschusses eingearbeitet.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, begründete ihren Antrag zur Änderung.

Ansonsten gab es keine weiteren Anmerkungen zur Niederschrift der 19. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 22. 3. 2006.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten die Niederschrift der 19. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 22.3.2006 ohne förmliche Abstimmung in der vorliegenden Fassung.

zu 4 **Vorlagen**

zu 4.1 **Beschluss zur Erreichung der Rationalisierungsziele der HAVAG Vorlage: IV/2006/05734**

(siehe TOP 2 – Feststellung der Tagesordnung)

Abstimmungsergebnis ohne förmliche Abstimmung:

**Z u s t i m m u n g
mit Änderung**

Beschluss:

1. Der Stadtrat stellt seine Entscheidung über Privatisierungsvarianten hinsichtlich der HAVAG bis Ende 2009 unter der Maßgabe zurück, dass die HAVAG einen Wirtschaftsplan 2006-2010 im Mai 2006 vorlegt, der die Erfüllung des Konsolidierungsbeschlusses IV/2004/04603 Pos. 5 detailliert und maßnahmengenau sicherstellt.
 2. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Wirtschaftsplan auf Plausibilität und Umsetzbarkeit zu prüfen und dem Stadtrat die Ergebnisse *im Juli 2006* vorzulegen.
 3. Der Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 entfällt ohne weiteres, wenn die Ziele des Wirtschaftsplanes entweder nicht zeitgerecht oder inhaltlich nicht vollständig erreicht werden.
-

**zu 4.2 Verteilung der Gesamtzuschüsse an die Bühnen der Stadt Halle (Saale) einschließlich der Landeszuwendungen für die Haushaltsjahre 2006, 2007, 2008
Vorlage: IV/2006/05586**

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, bestätigte, dass es keine unterschiedlichen Voten in den Ausschüssen gibt, bis auf das, dass die Zahl für das Jahr 2007 korrigiert werden musste.

Dass der Beschlusspunkt 2 weggefallen ist, entsprach den Voten des Kulturausschusses und des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften. Dies sei aber nicht so relevant, wie die Verteilung der Gesamtzuschüsse.

Zu den Zahlen für die Jahre 2007 und 2008 gibt es keinen Beschlusspunkt, da sie sich aus zurzeit nicht absehbaren Gründen, verändern können. Es gibt aber eine Orientierung für das Jahr 2006, so wie es im Haushalt steht.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger -, widersprach. Es sei unwahrscheinlich, da der Haushaltsentwurf älteren Datums ist. Erst nach der Erstellung der zwei Fachkonzepte, die im Mai kommen, sollte über diese Zahlen gesprochen werden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, stellte entgegen, dass die Zahlen, die hier im Beschlusspunkt 2 aufgeführt sind, nicht im Haushalt stehen. Er begründete dies mit einer rechnerischen Darstellung, die mit der Systematik des Haushaltes nicht übereinstimme.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler fragte, was das jetzt heißt.

Herr Dr. Meerheim antwortete, dass die Zahlen für das Jahr 2006 im Gesamtzuschussbedarf Budget im Rahmen der Begründung in der kleinen Tabelle korrekt sind. Diese stimmen mit den Zahlen des jetzigen Haushaltsplanentwurfes überein. Diese Zahl für 2006 ist unabhängig von der Größe der Landeszuwendung im Beschlusspunkt 2 der Vorlage im jeweiligen Jahr.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte, wenn Einigkeit bestehe, was den Einrichtungen im Jahr 2006 nach Beschluss des Haushaltsplanentwurfes zur Verfügung steht, könnte auf den Beschlusspunkt verzichtet werden und die Vorlage könne so in den Stadtrat.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNA BHÄNGIGE, unterstrich, was auch im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften gesagt wurde, dass es nicht sein kann, dass, wenn, einzelne Häuser ihre Konsolidierungsbeiträge nicht bringen, dass das den anderen Einrichtungen zur Last gelegt wird.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler hielt dagegen, dass das noch nie gemacht wurde.

Frau Wolff wolle abwarten und sehen, wie es dann verteilt werde. Die Diskussion über die Verteilung der Zuschüsse wurde geführt und sie hielt dies für die Jahre 2007 und 2008 für wichtig. Eine Planungssicherheit muss den Einrichtungen gegeben werden.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler bemerkte, dass jede Einrichtung seinen eigenen Gesamtmittel hat.

Frau Wolff erwiderte, dass das Opernhaus überzogen habe, was aus der Beschlussvorlage nicht ersichtlich war. Dieses wurde woanders draufgelegt.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler betonte, dass es diese Befürchtung noch nie gab, wenn einer etwas zu viel ausgegeben hat, es dem anderen weggenommen wurde.

Herr Dr. Marquardt sicherte zu, dass im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften entschieden wurde, dass so etwas nicht passiert.

Mit dem Plan wurde beschlossen, wie innerhalb von drei Jahren abzubauen ist.

Herr Dr. Meerheim äußerte, dass die ganze Summe stufenweise ersetzt werde, wie aus der Tabelle im Anhang ersichtlich.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler gab bekannt, dass diese Vorlage in den Stadtrat geht.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:
(in modifizierter Form)

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt einen Gesamtzuschuss für die Bühnen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 33,3 Mio. Euro für 2006. Für die Jahre 2007 und 2008 sind die vorgegebenen Summen – 2007 = 30,45 Mio. Euro, 2008 = 29,4 Mio. Euro – durch die Fachkonzepte der Einrichtungen zu unterlegen und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.
Dieser Zuschuss beruht auf den Eckzahlen des Landes Sachsen-Anhalt, die dem Haushalt 2006 insgesamt zu Grunde gelegt wurden. Sollten sich die Eckzahlen für die Gesamtzwendungen des Landes Sachsen-Anhalt an die Stadt Halle (Saale) für die Jahre 2007 und 2008 wesentlich vermindern, wird dieser Beschluss im Stadtrat erneut diskutiert.

(Der Beschlusspunkt 2 entfällt)

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es gab keine Anträge.

zu 6 **Anfragen von Stadträten**

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, bezog sich auf eine Anfrage aus der 19. Sitzung des Hauptausschusses betreffend Ausgang einer Bürgerbefragung zur Nutzung der Glaucha-Schule bzw. einer städtischen Nutzung des Gebäudes.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte, dass Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr die Beantwortung vorliegen habe. Dieser ist aber nicht anwesend.

Frau Dr. Bergner entgegnete, dass sie mit einer schriftlichen Beantwortung einverstanden ist.

Weitere Anfragen gab es nicht.

zu 7 **Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

zu 8 **Mitteilungen**

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, informierte über die Besetzung der Gremien sowie der Kriterien zur Verleihung des Händelpreises. (Siehe Anlage externes Dokument Session)

Frau Oberbürgermeisterin Häußler bezog sich auf eine Anfrage von Frau **Dr. Bergner**, Fraktion der CDU, vom letzten Hauptausschuss betreffend Mitarbeit und Zielstellung im PPP-Projekt und bat **Frau Bürgermeisterin Szabados** um eine Darstellung.

Frau Bürgermeisterin Szabados erklärte, dass nicht die Fraktionen, sondern die Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben und des Bildungsausschusses angeschrieben wurden. Die Frage, warum nicht der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, begründete sie damit, dass es sich nur um städtische Kindertageseinrichtungen handelt. Diese gehören dem Eigenbetrieb für Kindertageseinrichtungen an, wo sie die Oberbürgermeisterin als Ausschussvorsitzende für diesen Betrieb vertrete. Es handelt sich um ein kommunales Projekt, welches entsprechend mit dem Bund abgestimmt werde. Eine frühzeitige Einbeziehung der Ausschussvorsitzenden halte sie für vernünftig. Im Vergabeausschuss wurde ein Bericht gegeben, welcher den Ausschüssen zur Verfügung gestellt werden kann.

Frau Dr. Bergner fragte, auf welcher Basis und in welchem Rahmen solche Kommissionen gebildet werden. Es war für sie nicht logisch, dass der Jugendhilfeausschuss nicht mit einbezogen wurde, auch wenn es städtische Einrichtungen betreffe. Sie habe es so verstanden, dass von jeder größeren Fraktion jemand dabei sei.

Frau Bürgermeisterin Szabados entgegnete, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt. Im Vergabeausschuss wurde ausdrücklich unterstrichen, dass im Vorfeld die Stadträte angemessen einbezogen werden. Gerade in dem PPP-Projekt sei man versucht anzubieten, die Stadträte breiter einzubinden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei PDS, bedankte sich für das Angebot zur Mitarbeit, obwohl dies für ihn eine Mehrbelastung bedeute.

Frau Bürgermeisterin Szabados sagte, die Arbeitsbelastung sollte so gering wie möglich gehalten werden. Als positiven Ansatz hierzu sieht man die Wahl der relevanten Vorsitzenden der Ausschüsse. Sie halte die Einbeziehung des JHA für nicht erforderlich.

Herr Dr. Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, bestätigte, dass es wünschenswert wäre, wenn die Stadträte von der Stadtverwaltung über bestimmte Vorgänge informiert werden. Es sind Gremien, die außerhalb der Geschäftsordnung stattfinden. Die Frage nach der Kompetenz ist nicht so ganz klar. Die Einbeziehung der Ausschussvorsitzenden sei eine Subjektivität, die im Beratungsprozess des Stadtrates und seiner Ausschüsse nicht gegeben und gewollt ist. Er sieht die Frage der Gremien kritisch. Wenn es um eine Auswahl gehe, sollten die ursprünglich rechtlich gegründeten Gremien mit der Geschäftsordnung entsprechend ihren Rechten eingesetzt und nicht verletzt werden.

Frau Dr. Bergner wies noch einmal dezidiert auf die Erfahrungen bei der Kulturmanagerauswahl hin. Wenn keine Geschäftsordnung da ist, hat man keine Kompetenz. Sie würde es begrüßen, wenn es eine Richtlinie gäbe.

Herr Krause, Fraktion der SPD, sagte, dass sich die Mitglieder im Vergabeausschuss ausdrücklich dafür ausgesprochen haben, die Stadträte über die Vorsitzenden der relevanten Ausschüsse zu beteiligen. Dieses PPP-Projekt ist ein hochkomplexer Vorgang, den man in einer kurzen Zwischeninformation nicht verstehen könne.

Frau Bürgermeisterin Szabados betonte nochmals, dass dies ein Angebot der Stadtverwaltung sei und es dann die entsprechenden Ausschusssitzungen in voller Umfänglichkeit geben wird.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, sieht bei der Begründung von **Herrn Krause** ein Defizit an Informationen in den anderen Fraktionen, die nicht vertreten sind.

Frau Ewert, Fraktion der SPD, äußerte sich zum Verfahren der Findungskommission zum Kulturmanager.

Herr Bartl, Fraktion der CDU, schlug vor, bei solch komplizierten und komplexen Themen an einer besseren Legitimierung zu arbeiten. Über den Hauptausschuss sollte eine Gruppe beschlossen werden, die außerhalb des Ausschusses vertiefend denkt.

Herr Scholze, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, unterstrich, wenn es darum ginge, den Stadtrat mit einzubeziehen, dann wären alle Fraktionen mit zu beteiligen. Er hält es aus Gründen der Übersicht für nicht sinnvoll, für alle Bereiche Arbeitsgruppen zu gründen. Wenn der Stadtrat als Gremium informell mit beteiligt wird, dann sollten alle Fraktionen beteiligt sein.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler unterstrich, dass es sich bei dem PPP-Projekt um einen neuen Vorgang handelt, der aus dem Rahmen falle. Hier muss sich die Verwaltung und der Stadtrat gemeinsam heranqualifizieren und verständigen. Man komme nicht umhin, für dieses Projekt bestimmte Dinge zu betrachten, weil normale Ausschüsse zu wenig Spielraum hergeben. Aber über die Beteiligung anderer Fraktionen sollte man nachdenken. Wenn der Hauptausschuss der Meinung sei, könne der Kreis erweitert werden und durch Frau Szabados könnten die anderen Fraktionen mit eingeladen werden.

Herr Bartl fragte, ob dies der Hauptausschuss beschließen könnte.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler entgegnete, hier müsse nichts beschlossen werden, wenn Einigkeit bestehe. Dann ist das für das PPP-Projekt so verabredet.

Frau Bürgermeisterin Szabados sagte, man entscheide ja nichts, es sei nur eine Vorbereitung.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler betonte, dass man sich auf wenige Fälle wegen des hohen Zeitaufwandes begrenzen sollte. Bei diesen Fällen frage auch die Stadtverwaltung nach. Und wenn das gefordert wurde, dann ist die Verwaltung der Forderung gefolgt. Eine Änderung der Form sei kein Problem.

Frau Dr. Bergner regte an, generell festzulegen, dass solche Gruppen, die nicht in der Geschäftsordnung des Stadtrates aufgeführt sind, im Hauptausschuss beschlossen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler erwiderte, dass im Prinzip der Hauptausschuss schon so handelt. Man könne es aber mit Beschluss so regeln. Es wurde festgelegt, dass zukünftig im Hauptausschuss entschieden wird, wann eine begleitende Gruppe zu einem Thema gebildet werden soll und welche Zusammensetzung erforderlich ist.

Herr Dr. Weiland schlug vor, dass Frau Bürgermeisterin Szabados sich an die Fraktionen wenden soll mit der Bitte, jemanden zur Besetzung in der Arbeitsgruppe PPP-Projekt zu benennen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler bezog sich auf die Anfrage von **Frau Weiß**, Fraktion der CDU, betreffend sachkundige Einwohner und bat **Herrn Willecke**, FBL Recht, um Auskunft. Dieser hatte eine Anfrage an das Landesverwaltungsamt gerichtet.

Herr Willecke sagte, dass Hintergrund die Vereinbarkeit der Tätigkeit als Bibliotheksassistentin bei der Stadt Halle mit der Berufung als sachkundige Einwohnerin im Kulturausschuss war. Er habe die Antwort des Landesverwaltungsgerichtes erhalten, dass die Tätigkeit als sachkundiger Einwohnerin und gleichzeitig als Bibliotheksassistentin unvereinbar sei. Als Begründung wurde angegeben, dass sie Bedienstete der Stadt Halle sei und dies ein Hinderungsgrund ist. Es gäbe den Ausschlussgrund für nicht leitende Bedienstete in bestimmten Einrichtungen. Das LVA sehe das in der Bibliothekstätigkeit und zieht den Schluss, dass es bei dem allgemeinen Grundsatz bleibt und sie ausgeschlossen sei als sachkundige Einwohnerin.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, frage nach einer schriftlichen Information.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte allen Fraktionen eine schriftliche Information zu.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, gab bekannt, dass die Volkshochschule Halle ausgezeichnet wurde. Näheres werde er im Stadtrat mitteilen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler bezog sich auf einen Stadtratsbeschluss zum Thema MDV. Hier ging es um die Frage, wo der Stadtrat Gelegenheit habe, auf die Tarifentscheidung Einfluss zu nehmen. Es wurde entschieden, so frühzeitig den Stadtrat zu unterrichten, dass dieser sich eine Meinung bilden kann und die, die in den Gremien sitzen, die Meinung des Stadtrates zur Kenntnis nehmen und dort entscheiden. Die Stadtverwaltung und die HAVAG können diesen Beschluss nicht umsetzen. Die Tarifveränderung des MDV zum nächsten Herbst soll auf die nächste Stadtratssitzung. Die ersten Überlegungen wurden im Herbst vorigen Jahres im Herbst angestellt. Die Ergebnisse der Auswertung der Tarifierhöhung des letzten Jahres liegen aber noch gar nicht vor und kann deshalb nicht begründen, warum der nächste Schritt getan werden soll. So ist man nicht in der Lage, den Stadtrat genügend zu informieren. Festgelegt ist aber die schrittweise Anpassung der Tarifierhöhung im MDV und in diesem Spielraum wird sich bewegt.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, widersprach, dass dies nicht stimme. Festgelegt seien 3 Prozent. Und es gehe darüber hinaus.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler entgegnete, dass nichts darüber hinaus gehe in der Gänze. Es ginge durchschnittlich für die Jahre um 3 Prozent und nicht 3 Prozent in diesem Jahr.

Sie würde eine Informationsvorlage mit den entsprechenden Erläuterungen dem Stadtrat vorlegen.

Die Mitglieder des Hauptausschusses stellten klar, dass es eine formale Aufhebung des Beschlusses im Stadtrat geben muss.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte, dass eine Beschlussvorlage im Stadtrat eingebracht wird.

Weitere Mitteilungen gab es nicht.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
und Vorsitzende des Hauptausschusses

Kraft
Protokollführerin